

Karten-Richtlinien

Richtlinien für die Schreibweise von Namen, die Bezeichnung von Gebieten und Grenzen und die Darstellung der deutschen Grenzen in Karten und Texten

Vom 1. Februar 1961

Herausgegeben vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. — Veröffentlicht im Gemeinsamen Ministerialblatt der Bundesministerien, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern — Nr. 6/1961 vom 14. Februar 1961

Die in den einzelnen deutschen Gebietsteilen nach 1945 voneinander abweichenden Vorschriften von ehemaligen Besatzungsmächten haben hinsichtlich der Schreibweise von Orts- und Landschaftsnamen, Gebiets- und Grenzbezeichnungen und für die Darstellung der deutschen Grenzen in deutschen Karten- und Textveröffentlichungen zu Unklarheiten geführt. Das gilt besonders für die Darstellung der seit 1945 unter fremder Verwaltung stehenden Teile des deutschen Staatsgebietes und der ehemals von Deutschen besiedelten Gebiete Ost- und Südosteuropas.

Um diesem, auch von der deutschen Öffentlichkeit vielfach beklagten Mißstande abzuhelpen, wird empfohlen, sich bei der Schreibweise von Orts- und Landschaftsnamen, Gebiets- und Grenzbezeichnungen und bei der Darstellung der deutschen Grenzen in Gebrauchskarten der privaten Kartographie sowie in Textveröffentlichungen an die nachstehenden, für amtliche Karten geltenden Richtlinien zu halten. Sie sind im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern herausgegeben und ersetzen die bisherigen Richtlinien.

A) Orts- und Landschaftsnamen, Gebiets- und Grenzbezeichnungen

I. Ortsbezeichnungen

1. Deutschland (in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937)
 - a) Bei der Bezeichnung aller Orte innerhalb des deutschen Staatsgebietes sind grundsätzlich *allein* die hergebrachten *deutschen* Namensformen zu verwenden, auch soweit es gegenwärtig unter fremder Verwaltung steht. Für die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) gelegenen Orte sind jeweils nur die amtlich festgesetzten Ortsnamen zu verwenden.



Das gleiche gilt grundsätzlich für die innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin gelegenen Orte. Soweit in diesen Gebietsteilen seit dem 8. Mai 1945 aus politischen Gründen Orte umbenannt worden sind (Beispiel: Chemnitz in Karl-Marx-Stadt, Guben in Wilhelm-Pieck-Stadt-Guben), sind die amtlich festgesetzten Ortsnamen nur zu wählen, wenn dies dem Verwendungszweck nach unumgänglich ist. Soweit möglich, können in diesen Fällen die überkommenen Ortsnamen ohne Zusatz oder gegebenenfalls unter Beifügung des amtlich festgesetzten Ortsnamens in Klammern verwendet werden (Beispiel: Chemnitz oder Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), Guben oder Guben (Wilhelm-Pieck-Stadt-Guben)).

Bei Neugründungen von Orten (Beispiel: StalinStadt) ist notwendigerweise der amtlich festgesetzte Ortsname zu verwenden.

Die amtlichen deutschen Ortsbezeichnungen, die in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Deutschen Ostgebieten gelten, sind in dem „Amtlichen Gemeinde- und Ortsnamenverzeichnis der Deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung“ wiedergegeben. Dieses ist von der Bundesanstalt für Landeskunde 1955 bearbeitet und herausgegeben worden (zu beziehen von der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung, Bad Godesberg, Michaelshof).

- b) Abweichend hiervon können für Orte in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Gebietsteilen in solchen Karten- und Textveröffentlichungen, die bestimmungsgemäß dem Gebrauch im internationalen Verkehr gewidmet sind und die andernfalls ihren Zweck verfehlen würden (wie z. B. Seehandbücher, Gezeitentafeln, Seekarten und sonstige Veröffentlichungen der dem Internationalen Hydrographischen Büro in Monaco angeschlossenen Dienststellen, Verkehrskarten für den internationalen Eisenbahn-, Post- und Straßenverkehr), neben den deutschen Ortsbezeichnungen auch die in den betreffenden Gebieten gegenwärtig gebrauchten fremdsprachigen Namensformen in Klammern beigelegt werden (Beispiel: Swinemünde (Swinoujście); Kolberg (Kolobrzeg); Königsberg (Pr) (Kaliningrad)).

2. Freie Stadt Danzig und Memelland

Die Bestimmungen zu 1. gelten entsprechend auch für die Gebiete der Freien Stadt Danzig und des Memellandes.

3. Übriges Europa

- a) Bei allen Orten mit hergebrachten allgemein üblichen deutschen Bezeichnungen sind diese deutschen Namensformen zu verwenden. Der amtliche fremdsprachige Name kann jedoch bei nicht vorwiegend für inländischen Gebrauch bestimmten Karten- und Textveröffentlichungen in Klammern beigelegt werden (Beispiel: Arnheim oder Arnheim (Arnhem); Straßburg oder Straßburg (Strasbourg); Genf oder Genf (Genève); Venedig oder Venedig (Venezia); Marburg a. d. Drau oder Marburg a. d. Drau (Maribor); Odensburg oder Odensburg (Sopron); Prag oder Prag (Praha); Warschau oder Warschau (Warszawa); Mitau oder Mitau (Jelgava); Kopenhagen oder Kopenhagen (København)).
- b) Dies gilt insbesondere für geschichtlich begründete, deutscherseits allgemein übliche Ortsbezeichnungen in den vor 1945 allein oder überwiegend von Deutschen besiedelten Teilen der ost- und südosteuropäischen Nachbarländer (Beispiel: Eger oder Eger (Cheb); Reichenberg oder Reichenberg (Liberec); Hermannstadt oder Hermannstadt (Sibiu); Kattowitz oder Kattowitz (Katowice)).

- c) Auf geschichtlich überholte und weitgehend in Vergessenheit geratene deutsche Ortsbezeichnungen soll jedoch verzichtet werden (Beispiel: Nancy, nicht Nanzig; Kaunas, nicht Kauen).
- d) Für Orte ohne hergebrachte deutsche Namensform sollen die amtlichen Ortsbezeichnungen des Staates gebraucht werden, zu dessen Hoheitsgebiet sie gehören (Beispiel: Plovdiv, nicht Philippopol, Istanbul, nicht Konstantinopel). Hierbei soll auch die in einzelnen Staaten (z. B. Finnland) bestehende offizielle Zweisprachigkeit von Ortsbezeichnungen beachtet werden (Beispiel: Helsinki/Helsingfors).
- e) Bei den bestimmungsgemäß dem Gebrauch im internationalen Verkehr (vgl. I 1 b) gewidmeten Karten- und Textveröffentlichungen kann der amtliche fremdsprachige Name, falls notwendig, an die erste Stelle vor den in Klammern gesetzten hergebrachten, allgemein üblichen deutschen Namen treten.

4. Sonstige Teile der Erde

- a) Für Orte in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten können die bis 1918 amtlich gebrauchten deutschen Ortsnamen auch weiterhin an ersten Stelle neben dem in Klammern beizufügenden, heute gebräuchlichen fremdsprachigen Ortsnamen verwendet werden (z. B. Bismarckburg und Misahöhe in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Togo; Johann-Albrechts-Höhe in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Kamerun; Neu-Langenburg und Wilhelmstal in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika; Finschhafen und Stephansort in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea).
- b) Im übrigen gelten die Bestimmungen unter 3. entsprechend.

II. Geographische Landschaftsbezeichnungen

- a) Die in Abschnitt I aufgestellten Richtlinien für die Schreibweise von Ortsnamen sind sinngemäß für die Schreibweise von geographischen Landschaftsbezeichnungen (d. h. für Namen von Landschaften, Gebirgen, Bergen, Tälern, Flüssen, Seen, Meeren und Inseln) mit hergebrachten deutschen Namensformen anzuwenden.
- b) Geographische Namen in den von deutschen Geographen erstmals erforschten und erschlossenen Teilen der Erde, die nach internationalem Brauch von den Entdeckern in deutscher Sprache festgelegt wurden und in dieser deutschen Form in die internationale Literatur und in in- und ausländische Kartenwerke übernommen sind, sind in deutscher Namensform wiederzugeben, gegebenenfalls unter Beifügung des nunmehr gebräuchlichen fremdsprachigen Namens in Klammern (Beispiel: Neu-Schwabenland, Kaiser-Wilhelm-II-Land, Drygalski-Insel in der Antarktis; Hagengebirge, Bismarckgebirge in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea, Vogelspitze in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Kamerun).

III. Bezeichnungen von Staaten und Verwaltungsgebieten

- 1. Deutschland (in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937)

Bis zu der dem Friedensvertrag vorbehaltenen endgültigen Regelung ist als deutsches Staatsgebiet das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. 12. 1937 (also einschließlich aller zur Zeit unter fremder Verwaltung

stehenden Gebiete) darzustellen. Demgemäß sind die von diesen Grenzen eingeschlossenen Gebiete wie folgt zu bezeichnen:

- a) Die ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete in ihrer Gesamtheit als „Deutsche Ostgebiete, z. Zt. unter fremder Verwaltung“, in Kurzform als „Deutsche Ostgebiete“; im allgemeinen Sprachgebrauch als „Ostdeutschland“;
- b) das nördliche Ostpreußen als „Deutsche Ostgebiete, z. Zt. unter sowjetischer Verwaltung“; oder „Ostpreußen, z. Zt. unter sowjetischer Verwaltung“;
- c) das südliche Ostpreußen und die ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegenden Teile von Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen als „Deutsche Ostgebiete, z. Zt. unter polnischer Verwaltung“;

zu a) bis c) kann in Karten und Tabellenköpfen auch nur die abgekürzte Bezeichnung „z. Zt. unter fremder Verwaltung“ oder „z. Zt. unter polnischer Verwaltung“ bzw. „z. Zt. unter sowjetischer Verwaltung“ gebraucht werden.

In Textveröffentlichungen und Tabellenköpfen empfiehlt es sich, folgende Bezeichnungen zu wählen: „Deutsche Ostgebiete (falls erforderlich unter Verwendung einer Fußnote: Grenzen vom 31. 12. 1937), z. Zt. unter fremder bzw. sowjetischer oder polnischer Verwaltung“;

- d) die Teile der 1945 von der Sowjetunion besetzten Zone Deutschlands zwischen der SBZ-Demarkationslinie und der Oder-Neiße-Linie unter politischem Bezug nur als „Sowjetische Besatzungszone Deutschlands“, abgekürzt „SBZ“, in Kurzform als „Sowjetzone“; im allgemeinen Sprachgebrauch auch als „Mitteldeutschland“;
- e) der sowjetisch besetzte Sektor von Berlin unter politischem Bezug als „Sowjetsektor von Berlin“, in Kurzform als „Sowjetsektor“; im allgemeinen Sprachgebrauch auch als „Ostsektor“;
- f) das freie Berlin als „Berlin (West)“;
- g) das Gebiet, das zunächst die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein umfaßt, nur als „Bundesrepublik Deutschland“).

Für die Bezeichnung von Verwaltungsgebieten oder historischen Gebiets-einheiten gelten die Bestimmungen unter A I 1 entsprechend.

2. Freie Stadt Danzig und Memelland

Das Gebiet von Danzig ist als „Freie Stadt Danzig“, das Gebiet von Memel als „Memelland“ zu bezeichnen.

3. Übrige Gebiete

Hergebrachte allgemein übliche deutsche Bezeichnungen für fremde Staaten, Verwaltungsgebiete oder historische Gebietseinheiten können allein ohne Zusatz der entsprechenden fremdsprachigen Staatsbezeichnungen verwendet werden. Die fremdsprachigen Namen können jedoch bei nicht vorwiegend zum inländischen Gebrauch bestimmten Karten- und Textveröffentlichungen

*) Demnach sind inkorrekte Bezeichnungen wie etwa Deutsche Demokratische Republik; DDR; Ostzone; Demokratischer Sektor von Berlin; Deutsche Bundesrepublik; Westzonen; amerikanische bzw. britische bzw. französische Besatzungszone; Polnische Westgebiete; Oblast Kaliningrad; Gebiet Kaliningrad grundsätzlich zu vermeiden. Soweit solche inkorrekten Bezeichnungen in Ausnahmefällen verwendet werden müssen, sollten sie durch die Verschärfung von „sogenannt“ oder durch Stellung in Anführungszeichen relativiert werden (Beispiel: sogenannte DDR; „DDR“).

in Klammern beigelegt werden (Beispiel: Irland oder Irland (Eire); Siebenbürgen oder Siebenbürgen (Transsilvania); Burgund oder Burgund (Bourgogne)).

Bei den bestimmungsgemäß dem Gebrauch im internationalen Verkehr gewidmeten Karten- und Textveröffentlichungen (vgl. I 1 b) kann auch ausschließlich die fremdsprachige Namensform verwendet werden. Für ausländische Staaten ohne hergebrachte allgemein übliche deutsche Bezeichnung wird auf das vom Auswärtigen Amt (Geographischer Dienst) für seinen Dienstgebrauch herausgegebene Verzeichnis der Staatennamen verwiesen.

IV. Bezeichnungen von Demarkationslinien innerhalb Deutschlands

1. Die Demarkationslinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist als „Demarkationslinie zur Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, in Kurzform als „SBZ-Demarkationslinie“ zu bezeichnen.
2. Die Demarkationslinie zwischen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den Deutschen Ostgebieten ist als „Oder-Neiße-Linie“ zu bezeichnen.
3. Die Demarkationslinie zwischen dem unter polnischer und dem unter sowjetischer Verwaltung stehenden Teil Ostpreußens ist als „Polnisch-sowjetische Demarkationslinie in Ostpreußen“ zu bezeichnen.

B) Grenzdarstellung

1. Als Staatsgrenze Deutschlands ist bei allen Karten stets die Grenze des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. 12. 1937 darzustellen. Sie ist stärker als die innerdeutschen Landesgrenzen zu halten.
2. Die Demarkationslinie zur Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist auf Übersichtskarten nicht als Staatsgrenze, sondern in der Regel durch die Ostgrenzen der Länder der Bundesrepublik Deutschland darzustellen. Auf Karten, die zum Gebrauch im Gelände bestimmt sind, kann diese Linie durch eine unterschiedliche Grenzsignatur gekennzeichnet werden.
3. Die Oder-Neiße-Linie ist nicht als Staatsgrenze darzustellen; sie kann z. B. durch die Ostgrenzen der Bezirke Rostock, Neubrandenburg, Frankfurt (Oder), Cottbus und Dresden, durch die Signatur einer Landesgrenze oder durch unkonventionelle Signaturen — z. B. aneinandergereihte Punkte — wiedergegeben werden.
4. Die Polnisch-sowjetische Demarkationslinie in Ostpreußen ist nicht als Staatsgrenze, sondern in der Regel durch unkonventionelle Signaturen darzustellen.
5. Für die Bezirke der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland ist die gleiche Grenzsignatur zu verwenden wie für die Regierungsbezirke der Länder der Bundesrepublik Deutschland.
6. Innerhalb der z. Zt. unter fremder Verwaltung stehenden Deutschen Ostgebiete sind die Grenzen der früheren preußischen Provinzen und die Grenze zwischen der Provinz Schlesien und dem östlichen Teil Sachsens (Stand 1. 9. 1939) gegebenenfalls mit einer besonderen Provinzsignatur, die schwächer als die Landesgrenze gehalten sein soll, darzustellen.

7. Die am 31. 12. 1937 bestehenden Grenzen der Freien Stadt Danzig und des Memellandes sollen auf Deutschlandkarten möglichst mitdargestellt werden, jedoch nicht mit der für die Reichsgrenze (vgl. IV B 1) gewählten Signatur.

Auskünfte über die amtliche Orts- und Landschaftsnamen innerhalb des deutschen Staatsgebietes erteilen das Institut für Landeskunde in der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung, Bad Godesberg, Michaelshof, und in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland die jeweils zuständigen Landesvermessungs- und Statistischen Landesämter.

Das Institut für Landeskunde erteilt darüber hinaus auch in allen sonstigen Fällen Auskünfte über die nach diesen Richtlinien anzuwendenden Orts- und Landschaftsnamen, Staats- und Gebietsbezeichnungen und berät entsprechend bei der Gestaltung der Karten.

Dasselov



Zugegeben, die Überschrift ist nicht besonders originell. Allein, ich beabsichtige auch nicht mehr, als einige Eindrücke und Erkenntnisse wiederzugeben, die mir meine Rumänienreise 1969 vermittelt hat. Es sind meine Eindrücke und Erkenntnisse. Es sind die des Jahres 1969, die sich nur teilweise mit denen früherer Jahre decken, und die vielleicht im nächsten Jahr schon überholt sind. Damit sei wohl die Begrenzung meiner Ausführungen, als auch der rasante Wandel der rumänischen Wirklichkeit angedeutet. Zugleich aber auch die Tatsache, daß derjenige, der auf dem laufenden bleiben will, sich jener Wirklichkeit stets von neuem stellen muß. Auch dann noch wird sein Bild nur in dem Maße der Wirklichkeit entsprechen, als es ihm möglich ist, Einsicht zu nehmen und Übersicht zu gewinnen.

Da gibt es freilich auch Besucher Rumäniens, die schon nach einem Ferienaufenthalt von zwei bis drei Wochen über die rumänische Wirklichkeit genauestens Bescheid wissen, selbst wenn sie nur in Mamaia waren. Die Tollsten aber sind die, die Rumänien seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben, und dennoch meinen, die Verhältnisse in Rumänien am besten zu kennen. Sie nehmen daher für sich sogar in Anspruch, als Sprecher und Vormund der dortigen Bevölkerung, oder von Teilen derselben, auftreten zu dürfen. Ihre Crux ist es, daß sie dazu niemand legitimiert hat, und wahrscheinlich auch nicht ermächtigen wird. —

Damit aber sei kein Stein geworfen auf diejenigen Besucher Rumäniens, die sich redlich bemühen, Land und Leute kennenzulernen und die dortige Entwicklung in ihren Zusammenhängen zu erfassen.

„In Rumänien wird sich niemals etwas ändern“ ...

Dr. Kurt Schebesch

„Ah, Sie kommen aus Rumänien. Was gibt es dort Neues? Nicht wahr, es gibt gar nichts Neues dort? Klar! In Rumänien wird sich niemals etwas ändern.“

Das ungefähr war der Wortlaut der Sätze, mit denen mich ein Bekannter, bei meiner Rückreise aus Rumänien, auf dem Bahnsteig in Salzburg überschüttete. (Er gehört zu denen, die Rumänien seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben, aber dennoch alles am besten wissen!)

Eine Antwort hat der Sprecher gar nicht erwartet; er sprudelte einfach seine ressentimentgeladene Meinung heraus, und wenn er dennoch etwas von mir erwartet hat, dann die Bestätigung seiner Ansicht.

Die muß ich ihm (leider und Gott sei Dank zugleich) verweigern, denn in Rumänien hat sich in den letzten Jahren, ja, sogar innerhalb der vierzehn Monate, seit ich zum letzten Mal dort war erstaunlich viel geändert. Und es sei sofort hinzugefügt; es hat sich vieles gebessert.

Andere Erfahrungen u. andere Maßstäbe

Diesmal habe ich Rumänien mit meinem Kollegen Dole gemeinsam besucht. Wir waren zwölf Tage lang dort. Vierzehn Monate früher war ich zum letzten Mal in Rumänien.

Die Flüge hin und zurück waren, allein schon wegen des herrlichen Herbstwetters, Erlebnisse für sich. —

Alf Dole war zum ersten Mal in Rumänien. Ich habe bis zu meiner Aussiedlung vor sechs Jahren ein halbes Jahrhundert dort gelebt und Rumänien in den letzten Jahren immer wieder für mehrere Wochen besucht.

Mein Reisegefährte hat wohl alles, was sich in Rumänien seinen Augen und Ohren bot, mit wachen Sinnen wahrgenommen, mit seinem Erfahrungsschatz konfrontiert und mit westlichen Maßstäben gemessen. Seine Ergebnisse und Schlußfolgerungen waren mir stets sehr interessant, deckten sich aber nicht immer mit meinen, da ich die Dinge und Menschen an anderen Erfahrungen und mit anderen Maßstäben maß. Umso fruchtbarer war unsere Zusammenschau.

Wir haben in Rumänien zunächst Bukarest, dann aber auch Südsiebenbürgen und Teile Olteniens und Munteniens besucht. Wir haben die bedeutendsten Städte und mehrere typische Dörfer des siebenbürgisch-sächsischen Siedlungsraumes ebenso mit Interesse besichtigt, wie rumänische Dörfer, Klöster, Kirchen, Burgen in den genannten drei Provinzen.

Wir haben mit vielen Menschen verschiedener Herkunft, Berufe, Altersklassen, zum Teil sehr interessante

Gespräche geführt; im rumänischen Arbeitsministerium, in der Ausstellung „25 Jahre Sozialistische Republik Rumänien“, in den Redaktionen der Zeitung „Neuer Weg“, der Zeitschriften „Neue Literatur“ und „Forschung zur Volks- und Landeskunde“, in der Forschungsstelle der Akademie der Wissenschaften, Arbeitsstelle für das siebenbürgisch-sächsische Wörterbuch, Hermannstadt, im Evangelischen Bischofsamt, in der Orthodoxen Fakultät ebenfalls in Hermannstadt, in Produktionsbetrieben, Altenheimen, Kollektivwirtschaften, in Privathäusern, in Städten und Dörfern und auf der Straße, mit Rumänen und Deutschen, mit Geistlichen und Weltlichen, mit Christen und Atheisten, mit „Hochgestellten“ und Burghütern, mit „Gestrigen“ und „Heutigen“, mit Alten und Jungen.

Die Wirtschaft - das Kardinalproblem

Nicht alles, was wir erfahren haben, eignet sich zur Wiedergabe. Manches schien widersprüchlich, anderes mußte sortiert und in die dazu gehörigen Zusammenhänge eingeordnet werden, einiges blieb schwer verständlich. So zum Beispiel ist es auf den ersten Blick schwer zu verstehen, wie das in der rumänischen Landwirtschaft so alles zusammenhängt: In den Zeitungen seit Wochen — vielleicht seit Mo-

naten auf den ersten Seiten unablässig mit Riesenbalken-Überschriften versehen stets Ratschläge, aber auch Rügen, Mahnungen, ja Drohungen an die Säumigen, die ihre Erntearbeiten — wenn überhaupt — dann nur schleppend voranbringen; in der Landschaft riesige nichtabgeerntete Felder, trotzdem es inzwischen Mitte Oktober geworden ist; und dem gegenüber die wiederholte Feststellung des im zentralen Schaltwerk der Wirtschaft tätigen Funktionärs, daß es eine der schwierigen Aufgaben des Landes sei, die jährlich von der Landwirtschaft freigesetzten hunderttausend Menschen in den Industriebereich überzuführen. Das zwingt zu ständigen Investitionen, zum Bau neuer Produktionsstätten, zur Anschaffung neuer Maschinenparks, zur Erweiterung der Berufsausbildung, zum Bau neuer Wohnungen, ja, neuer Städte mit allem was dazu gehört, nicht zuletzt zur Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland. Dazu aber bedürfe es riesiger Summen an Kapital und Devisen, von denen das Land schon immer zu wenig hatte.

Wie aber soll man diese Aussage verstehen und einordnen in das Bild der Lage, nachdem uns in den Dörfern und Kollektivwirtschaften immer wieder versichert wurde, daß die Ernte mangels Arbeitskräften nicht rechtzeitig eingebracht werden könne? Irgendwo stimmt doch da etwas nicht. —

Da stimmt freilich etwas nicht, gab auch unser rumänischer Gesprächspartner aus der „Schaltzentrale“ offenerzig zu. Es liegt nicht daran, daß in der Landwirtschaft zu wenig Arbeitskräfte vorhanden seien; es liege daran, daß die Produktivität der Landarbeiter zu gering sei. Das wiederum hängt offenbar zusammen mit dem — für unsere Begriffe — unvorstellbar niedrigen Einkommen der Landarbeiter. Es fehlt eben der Anreiz mehr zu tun. Man tut nicht mehr, weil man meint, ohnehin nichts davon zu haben. Dennoch aber steigt der Produktivitätsgrad ständig durch die immer weiter vorangetriebene Mechanisierung der Landwirtschaft. Dadurch werden dann noch jährlich hunderttausend Arbeitskräfte freigesetzt, die in der Industrie untergebracht werden müssen. Dieser Prozeß ist seit den dreißiger Jahren ingang; er hat sich in den

letzten fünfundzwanzig Jahren immer mehr beschleunigt. So ist inzwischen das Verhältnis der Land- und Stadtbevölkerung von etwa 76 : 24 auf etwa 52 : 48 verändert worden. Das ging nicht ohne Härten und Schwierigkeiten ab. —

Es scheint aber unter den Maßgebenden in Rumänien die einhellige Auffassung zu herrschen, daß das Land nur die Wahl habe, entweder innerhalb weniger Jahre als gleichwertige Industrienation auf dem Weltmarkt aufzutreten, oder seine Selbständigkeit (zumindest) zu gefährden. Man weiß um die vielen Mängel und Unzulänglichkeiten in der Wirtschaftsführung der letzten fünfundzwanzig Jahre, und scheut nicht davor zurück, sie offenzulegen.

Man weiß auch, daß Rumänien den westlichen Staaten auf dem Weltmarkt noch lange nicht gewachsen ist und daß daher ein großer Nachholbedarf zu bewältigen ist. Das heißt, daß man viele Aufgaben und Probleme zugleich angehen, finanzieren und einer raschen Lösung zuführen muß. Es gilt die Produktivität der Arbeit, die Qualität der Erzeugnisse und das Preisniveau auf den Stand der Industrienationen und des Weltmarktes anzuheben. Rumänien braucht daher vorrangig geschulte Industriearbeiter und einen modernen Maschinenpark in zeitgemäßen Produktionsstätten.

„Wir verfügen noch nicht über eine Arbeiterschaft wie etwa die Bundesrepublik Deutschland, wo die Industriearbeiter seit Generationen entsprechend erzogen und ausgebildet worden sind. Der rumänische Arbeiter kommt noch zum großen Teil aus seinem ländlichen Heimatort in die Fabrik und es fehlen ihm daher die Eigenschaften des modernen Industriearbeiters. Dennoch wird von ihm erwartet, daß er es rasch fertig bringt, mit modernsten Maschinen umzugehen und hochwertige Erzeugnisse zu produzieren. Wir aber können nur modernste Maschinen gebrauchen, wenn wir rasch den Anschluß an den Weltmarkt gewinnen wollen, und das müssen wir. Dabei können wir noch sehr viel auch von Ihnen lernen, denn Deutschland hat es trotz des verlorenen Krieges in Rekordzeit geschafft, wieder in der Spitzenklasse der Industrienationen zu sein.“

Sibiu, evangelische Stadtpfarrkirche



Angesichts solcher Zielvorstellungen haben Partei und Staat, gemeinsam mit den wichtigsten wirtschaftlichen Führungskräften, kürzlich eine Bestandsaufnahme und Analyse der Lage vorgenommen. Partei, Staatsführung und Sachverständige waren sich schnell darin einig, daß eine tiefgreifende ökonomische Reform unvermeidlich geworden ist.

Man war sich auch im klaren darüber, daß die wirtschaftlichen Hemmnisse nur durch wirtschaftliche und politische Demokratisierung und Dezentralisierung überwunden werden können. Auch das war klar, daß derlei Maßnahmen die Strukturen von Staat und Partei nicht unberührt lassen würden. Es ergab sich daher die Frage, wie eine solche Reform ohne Machteinbuße der Partei möglich sei. Ein Zuviel an Demokratisierung könnte nicht nur das Führungsmonopol der Partei in Frage stellen, sondern zugleich den Sowjets einen willkommenen Vorwand dafür liefern, den Prozeß mit Gewalt zu ersticken. —

Den Maßgebenden in Rumänien ist es offenbar auch klar, daß sich das Land mit seiner Wirtschaft in einer gefährlichen Scherenstellung befindet: Verfolgt man den bisherigen zentralistischen Kurs weiter, so gerät man sicher bald in eine Sackgasse; ändert man den Kurs in Richtung Dezentralisierung, so gerät man möglicherweise in eine andere Sackgasse. —

Unter dieser Last muß Rumänien versuchen, das Beste aus seiner Lage zu machen, um eines Tages die „brüderliche Umarmung“, in der es steckt, zumindest zu lockern, wenn schon nicht loszuwerden. —

Man weiß, daß der Weg beschwerlich und nicht ungefährlich ist; man meint aber, es gebe keine Alternative dazu. —

Die Rumänen haben sich also neuerdings für die Marschroute unter dem Motto „Dezentralisierung“ entschieden. Sie wissen, daß die Wegmarken auf dieser Route — je weiter sie voranschreiten — zwangsläufig Demokratisierung und Liberalisierung heißen. Das Ertere bejaht man (mit Vorbehalt), das Zweite erscheint nur sehr bedingt wünschenswert, eben weil schon ein kleines Zuviel innen- und außenpolitisch gefährlich werden könnte.



Kloster Sucevita

Die Gefahr ist nicht genau kalkulierbar, weil man die Entwicklung infolge ihres Eigengewichts und ihrer Eigenbewegung möglicherweise eines Tages aus der Hand verlieren könnte. Der Gedanke allein schon erzeugt Unbehagen, aber man meint immer wieder, keine andere Wahl zu haben. —

Alles, rein alles wird daher in den Dienst für dieses Ziel gestellt. Es klingt paradox, ist aber dennoch Wirklichkeit: Man dezentralisiert, aber man zentralisiert zugleich.

Seit der Enteignung der Betriebe und Produktionsstätten am 11. Juni 1948 war in der rumänischen Wirtschaft alles dermaßen zentralisiert, daß alle Probleme und Fragen, auch die Nebensächlichsten, von den zuständigen Ministerien in Bukarest entschieden wurden. Die Direktoren der Betriebe waren Befehlsempfänger und Ausführungsorgane; die regionalen (den Betrieben übergeordneten) Dienststellen kaum anderes als Durchlauf- und Poststellen im Verkehr von Betrieb zu Ministerium und umgekehrt.

Das hat unter anderem dazu geführt, daß unerwünschte Personalkonzentrationen in den Ministerien, zentralen Dienststellen, aber auch in den Provinzvororten unvermeidliche negative Rückwirkungen auf die Lage und Wirksamkeit der Betriebe hatten. **Angesichts dieser Lage hat die rumänische Staatsführung zwei entscheidende Maßnahmen beschlossen und ging gerade in den Tagen unseres Dortseins daran, sie durchzuführen:**

1. Verlagerung wichtiger wirtschaftlicher Kompetenzen von den Ministerien auf neugegründete (oder noch zu gründende) Branchentrüsts mit regionaler Selbstverwaltung;

2. „Restrukturierung des Personals“, indem im Mittel 30 vH des gesamten qualifizierten technisch-administrativen Personals der Ministerien den Produktionseinheiten in der Provinz zugewiesen werden.

Zugleich aber wird diese Maßnahme auch in den Provinzhauptstädten und überall dort durchgeführt, wo sich unerwünschte Personalkonzentrationen im Laufe der Jahre ergeben haben. Besonders anvisiert sind hierbei die Ingenieure, Ärzte, aber auch andere qualifizierte Arbeitskräfte, die in den Produktionsbetrieben fehlen.

Gerade als wir in Rumänien waren, schienen diese Maßnahmen die Gemüter zu beunruhigen, weil viele in Sorge waren, ob der Kelch wohl an ihnen vorbeigehen werde. —

Für die Staatsführung bedeutet der neue Kurs einen moderneren Führungsstil mit weitgehender Delegation von Obliegenheiten und Entscheidungsbefugnissen nach unten. Er bedeutet zugleich eine Dezentralisierung der Wirtschaft, aber auch von Partei und Staat. Und er bedeutet schließlich die bewußt in Kauf genommene Gefahr einer immanenten und vielleicht zu weitgehenden Liberalisierung.

Für die Betriebe bedeutet der neue Kurs die Einstellung auf neue Richtpunkte, oder „Leitplanken“ mit der Inschrift: Leistungsprinzip, Steigerung von Produktivität und Qualität, Steigerung der Arbeitsmoral und des beruflichen Könnens, der Rentabilität, Konkurrenzfähigkeit, Eigenverant-

wortung und Eigenentscheidung der Betriebsführung, Mitverantwortung und Mitentscheidung der Belegschaft durch Gemeinschaftsarbeit, Kampf allen Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft gegenüber, wie geplantes Defizit usw.

Rumänien will dennoch auf seinem sozialistischen Kurs beharren. Unsere Gesprächspartner aber meinten, daß dieser Kurs viele Formen der Zusammenarbeit auch mit westlichen Staaten, vor allem auch mit der Bundesrepublik Deutschland zulasse. Immer wieder hörten wir die Meinung, daß die politische Zukunft Rumäniens vor allem von der Lösung seiner wirtschaftlichen Probleme abhängt. —

Der ganze Problemkomplex ist schwerpunktmäßig auch ein Erziehungs- und Ausbildungsproblem, soweit es um geschulte Industriearbeiter geht, und ein Problem der rumänischen Handels- bzw. Zahlungsbilanz, im Hinblick auf die Anschaffung der notwendigen Maschinen im westlichen Ausland.

Alle Maßnahmen aber sind aufgebaut auf dem Vertrauen der Bevölkerung zur Staatsführung und auf dem Vertrauen dieser in die Intelligenz und den Willen der Rumänen, zu lernen um vorwärts zu kommen, aber auch als freie Menschen in einem eigenen Staat leben zu können. —

Statistik-Kartoffeln...

Normalerweise sollte unter der „Kartoffel-Überschrift etwas über Wirtschaft zu lesen sein. Allein, ich will es dabei bewenden lassen, was bisher gesagt wurde.

Woran mir liegt, ist, auf eine Harmonie der Gegensätze hinzuweisen, die mich in Rumänien überrascht hat.

Wer nicht einmal genügend Kartoffeln, geschweige denn Fleisch zu kaufen und zu essen kriegt, dem kann man wohl nicht verübeln, wenn er unzufrieden ist. Ganz besonders legitim wäre diese Reaktion bei den Rumänen, die doch so köstlich zu kochen verstehen und so gerne gut essen. — Aber es hapert an manchem und überall. — Zumindest gegenwärtig.

Ich will nicht behaupten, daß wir nicht immer wieder kritische Hinweise auf diese Unzulänglichkeiten gehört haben. Aber ich will auch nicht verschweigen, daß wir trotz dieser Unzu-

länglichkeiten immer wieder erstaunliche Beweise des Vertrauens zur Staatsführung zu hören bekommen haben.

Aus solcher Einstellung ist das Verhältnis des einzelnen zu Volk und Staat leichter ablesbar. Nur einzelner? Man mag sich wundern, oder mir widersprechen: Ich meine, fast aller. Oder soll vielleicht als Gegenbeweis gelten, daß es auch in Rumänien Unzufriedene gibt? Die gibt es sicher auch, wie bereits erwähnt. Aber ist das typisch für Rumänien? Wo in der Welt gibt es denn keine Unzufriedenen?

Mit wem man in Rumänien heute auch sprechen mag, unwillkürlich kommt die Politik des Landes und seiner Führer zur Sprache. Er, der immer Mittelpunkt aller Blicke und politischen Hoffnungen ist, er wird gewöhnlich Ceausescu, aber immer wieder auch „unser Staatsführer“ genannt. Und einer unserer Gesprächspartner, der ihn den „populärsten rumänischen Staatsmann seit 1918“ genannt hatte, hat damit ausgesprochen, was offenbar fast alle Bürger des Landes, unabhängig von ihrer Volkszugehörigkeit, denken oder empfinden. — Freilich hört man auch kritische Bemerkungen in dieser oder jener Frage der Wirtschaft oder Politik. Man nimmt sich das heraus. Man darf es, ja zuweilen — und in Grenzen — ist das sogar erwünscht. Das Ausmaß an persönlicher Freiheit ist ganz offensichtlich größer geworden (auch gegenüber der Lage vor vierzehn Monaten, als ich zum letzten Mal dort war). Der einst drohende Schatten bestimmter Staatsorgane verdüstert die Gemüter nicht mehr, und die bekannten Uniformen sind von der Straße verschwunden. — Das soll natürlich nicht heißen, daß jene Organe nicht mehr existieren. Nein, ich möchte nur auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß heute in Rumänien Recht und Ordnung herrscht, was nicht immer der Fall war. — Den Nutzen davon haben Staat und Bürger gleichermaßen. Letzterer atmet wieder freier.

Freilich, wer täglich im „Neuer Weg“ Überschriften wie „Mehr Kartoffeln aus dem Kartoffelland!“ (und das in der Ausgabe vom 5. 11.), oder „Statistik-Kartoffeln füllen keine Keller“ und darunter fettgedruckt die Sätze liest: „In unmittelbarer Nachbarschaft

des Obersten Landwirtschaftsrates — der Kommandozentrale auch für Gemüsebau — ein OLF-Laden, der ein dürftiges Angebot führt. Mit dem, was hier feilgeboten wird, den unansehnlichen Kartoffeln aller Sorten und Größen und zudem noch hübsch in Erde verpackt, dem verwelkten Gemüse usw. — mit diesem ist kein Staat zu machen und noch viel weniger die Keller für den Winter zu füllen“, wer solches und „Keine Kartoffel für die Nachlese“ und „Keine Knolle darf im Boden bleiben“, oder in der Ausgabe vom 4. 11. (stets auf der ersten Seite) Überschriften wie „Noch immer Mais auf dem Feld“, oder „Reich an Äpfeln, arm an Geld“ und darunter „Gute Obsternte — zu teures Obst“ liest, dem wird es nicht leicht gemacht, loyaler Bürger zu sein. Auch die Riesenüberschrift auf der ersten Seite des „Neuer Weg“ vom 21. 11. „Wer räumt 30 000 Tonnen Zuckerrüben weg?“ deutet ja nicht gerade darauf hin, daß alles zum besten steht.

Das manches unbefriedigend ist, gab jeder unserer „Prominenten“, mit denen wir sprachen, (ungefragt) zu. Man kennt die Probleme, man nennt sie beim Namen mit verblüffender Offenheit, man rückt ihnen zu Leibe und man ist zuversichtlich, daß man sie meistern wird. Man ist, besser gesagt, viele sind bereit, auf vieles zu verzichten und sich einzusetzen, damit der Staat seine wirtschaftliche Eigenständigkeit bewahrt und ausbaut. Bei vielen muß diese Bereitschaft noch geweckt werden, und das ist vor allem ein Problem der Erziehung. —

Wir haben in Gedanken den Hut gezogen vor dem jungen rumänischen Ingenieur, der sich in einem längeren Gespräch bereits als würdiger Sohn seines Landes und Volkes erwiesen hatte und schließlich mit nahezu bebender Stimme sagte: „Ich verzichte auf ein Auto, ich brauche kein eigenes Haus, auch keine schönen Kleider oder sonst was; ich brauche allein einen Paß, der es mir ermöglicht ins westliche Ausland zu fahren, dort zu lernen, um dann wiederzukommen, und hier das Erlernte meinem Volk und Staat nutzbar zu machen. Ich würde unter allen Umständen wiederkommen, nichts könnte mich reizen, für immer im Ausland zu bleiben. Wir könnten auch von Ihnen noch so vieles

lernen, aber wir haben nicht die Möglichkeit dazu. Das allein macht mich unzufrieden! Hier ist wohl weiterer Kommentar überflüssig, aber die Frage am Platze, ob es sich bei dem jungen Ingenieur um einen weißen Raben gehandelt habe? Das glaube ich mit Sicherheit verneinen zu dürfen. **Wenn ich mir vergegenwärtige, mit welcher Entschiedenheit und (fast sträubt sich hier die Feder, wegen des bei uns verpönten Begriffes) Vaterlandsliebe auch andere Gesprächspartner, rumänische und deutsche, heißen Herzens und kühlen Verstandes ihrem gemeinsamen Lande dienen, dann habe ich den Eindruck, als wüchse in der klassenlosen Gesellschaft Rumäniens eine übernationale und überkonfessionelle Klasse der Tüchtigen, der Fähigen und Entschlossenen heran. Jene Klasse, mit der die Staatsführung Zukunft bauen kann und auf die berechnete Hoffnungen gesetzt werden können. Jene Klasse, in der es allein auf Leistung und Charakter ankommt, nicht auf Herkunft oder Volkszugehörigkeit.**

Liegt hier nicht auch ein neues Feld für die Volksdeutschen Rumäniens? Leistung und Charakter wurde bei ihnen auch bisher groß geschrieben, und gerade deshalb waren sie von ihren rumänischen Nachbarn stets geschätzt. Sie haben etwas anzubieten. Werden sie es tun? Die Intellektuellen scheinen in zunehmendem Maße bereit; wird die große Masse der Volksdeutschen nachfolgen, oder weiterhin abseits stehen? Liegt nicht im Mitmachen der tiefere Sinn und die Chance des Überlebens als eigenständige Gemeinschaft? Darf Mitmachen immer noch als Opportunismus abgewertet und Beiseitestehen als völkisches Heldentum bewertet werden?

Ich habe in Rumänien nirgends das grausige Wort vom Volkstod der Siebenbürger Sachsen gehört; kaum war ich zurück, grinste es mich aus einer Zeitschrift an. Ich weiß, der Schreiber hat seine Meriten. Gerade deshalb darf man von ihm mehr Einsicht erwarten, als er nachweist. — Bei allem Respekt vor jeder Überzeugung: wer Gift anbietet, wo Balsam nötig ist, schadet allen. —

Dort „hinten“ in Rumänien ist die „Front“. Dort entscheidet sich, ob und wann die Siebenbürger Sachsen und

Banater Schwaben den „Volkstod“ erleiden werden, nicht hier im „Hinterland“. Wer ihn verhindern will, der helfe mit, alte Gräben zwischen den Volksdeutschen und den Rumänen zuzuschütten und einen neuen Anfang zu finden. Er unterstütze die dort allenthalben merkbaren Anfänge und schüre nicht alte Gegensätze. —

In diesen Zusammenhang gehören auch die unqualifizierten Anwürfe gegen den im Februar d. J. verstorbenen Sachsenbischof D. Dr. Friedrich Müller, von dem Verfechter (vielleicht Erfinder) der „Volkstod“-These. Der von allen Siebenbürger Sachsen anerkannt beste Kenner ihrer Geschichte (auch Zeitgeschichte) Univ.-Prof. Dr. Dr. K. K. Klein hat mir gegenüber vor wenigen Wochen Bischof Müller als einen der größten Sachsen Bischöfe bezeichnet. Prof. Klein hat mit großer innerer Bewegung von dem harten und einsamen Ringen Bischof Müller's um den Bestand der evangelischen Kirche und deren Kirchenvolk in Rumänien gesprochen. Ich will als einer der engsten Mitarbeiter des verstorbenen Bischofs sein Ansehen nicht schmälern lassen, weil ich überzeugt bin, daß er für seine Kirche und sein Kirchenvolk Einmaliges geleistet hat! Wer diesem Manne den verdienten Lorbeer vom Haupte reißen will, tut Unrecht und — blamiert sich vor der Geschichte!

Viele Siebenbürger Sachsen haben ihre Gründe, dem heutigen Rumänien gram zu sein. Vielen Siebenbürger Sachsen ist Rumänien aus bestimmten Gründen gram. Das führt nicht weiter. Rumänien hat den Bannkreis offensichtlich verlassen und hat einen neuen Anfang der Zusammenarbeit zwischen Rumänen und Volksdeutschen gesetzt. Nun sind sie am Zuge, die Rumänen immer noch gram sind. Wenn sie den nun 25 Jahre alten inneren Widerstand nicht zu überwinden vermögen; wenn sie die innere Freiheit nicht gewinnen, persönliches Schicksal nicht mehr zur Richtschnur für das der Volksdeutschen in Rumänien zu machen; wenn sie weiterhin zur Selbstrechtfertigung ihre Haltung durch die Korsettstangen des Widerstandes und der Obstruktion stützen; wenn sie weiter für Patina halten, was tatsächlich Rost ist, dann werden jene Menschen ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können.

Auch im Osten Europas wurden die Menschen einem Umerziehungsprozeß unterzogen, nicht nur im Westen. Auch dort hat er seine Wirkung gehabt, nicht nur hier. Das darf man nicht übersehen, sonst kommt man zu Fehlurteilen. Die in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich lebenden Siebenbürger Sachsen sind dabei, Westeuropäer zu werden; die in Rumänien verblieben sind, Osteuropäer zu werden; beide in einem neuen Sinn, beide sofern sie den Bewußtseinswandel nicht schon vollzogen haben. Die Bewußtseinsinhalte, die Maßstäbe, die Zielsetzungen die Wünsche, ja sogar die Denkweisen sind nicht mehr unbedingt deckungsgleich. Sie divergieren zunehmend. Wir müssen uns daher damit abfinden, daß die Volksdeutschen in Rumänien genau so das Recht haben, sich den Umweltgegebenheiten entsprechend einzurichten und das Beste aus ihrer Lage zu machen, wie wir. Wir müssen einsehen, daß wir nirgendwo Verbindungen finden würden für einen Widerstand gegen eine naturgegebene Entwicklung, wie sie sich in Rumänien gegenwärtig vollzieht. Wir müssen einsehen, daß mit Illusionen, die nicht realisierbar sind, nur Unruhe und daher Schaden verursacht wird. Opportunist genannt zu werden, war früher einmal schimpflich. Es ist in Siebenbürgen auch heute noch kein Ehrentitel. Allein, es gilt zunehmend als vernünftig, nicht ewig fruchtlos gegen den Stachel zu löcken. Es setzt sich langsam durch, daß es kaum einen Sinn haben kann, an Werten festzuhalten, die (dort wie hier) überholt oder doch fragwürdig geworden sind. Man sieht zunehmend ein, daß es vernünftiger ist, sich auf die Gegebenheiten einzustellen.

Das alles kann man als ethischen Abbau bewerten und daher ablehnen. Zumindest in vielen Fällen — und wahrscheinlich zunehmend — sichert allein diese Einstellung die Weiterexistenz, gerade auch die eigenständige evangelisch-deutsche. —

In diesem Zusammenhang sei allerdings auch ein Gespräch erwähnt, daß wir in einer alten sächsischen Stadt Siebenbürgens mit einem evangelischen Geistlichen hatten. Ich wies darauf hin, daß Ceausescu in den letzten Jahren die Siebenbürger Sachsen gelegentlich als deutschsprachige Ru-



Altes Stadttor Medias

mänen bezeichnet habe und fragte, ob unser Gesprächspartner der Meinung sei, man könne in absehbarer Zukunft eher von rumänischsprachigen Deutschen reden. Mir war aufgefallen, daß vor allem junge Siebenbürger Sachsen sich immer mehr der rumänischen Sprache bedienten, oder doch ihr Sächsisch und Deutsch mit überraschend vielen rumänischen Vokabeln spickten.

Der Geistliche bestätigte meine Beobachtung und fuhr fort: „Ich entstamme einer Familie, die schon mehrere evangelische Geistliche hervorgebracht hat. Ich selbst bin auch Geistlicher. Ich habe erwachsene Söhne und Töchter im Hause. Niemand in meinem Hause würde sich als etwas anderes verste-

hen oder bezeichnen, denn als evangelischer Deutscher. Wir sitzen bei jeder Mahlzeit an einem Tisch, in einem evangelischen Pfarrhaus. Wir sprechen zusammen das Tischgebet, natürlich deutsch. Und dann kommt es immer wieder vor, daß meine Kinder, nach einigen deutschen Sätzen, rumänisch miteinander fachsimpeln, weil sie sich in dieser Sprache besser ausdrücken und verstehen können.

Auf die Zukunft gesehen, kann ich mir vorstellen, daß wir eines Tages rumänisch predigen müssen, um verstanden zu werden. Heute schon schreiben zuweilen deutsche Söhne an ihre Eltern in rumänischer Sprache. Die Entwicklung geht in dieser Richtung weiter. Dagegen ist nichts zu machen. Trotz-

dem werden und wollen alle jene Menschen weiterhin Deutsche bleiben.“

Ich frage mich: Wie lange noch? —

Finis saxoniae? Vielleicht. — Niemand kann diese Frage gültig beantworten. Wenn ich an Nordsiebenbürger denke, würde ich sie bejahen, für die Streudeutschen auch. —

Unvergeßlich aber bleibt mir die Antwort, die ich von kompetenter kirchlicher Stelle hier erhielt, als ich vor Jahren auf diese Entwicklung in Rumänien hinwies: „Es ist doch nicht primär wichtig, ob das Evangelium in deutscher oder rumänischer Sprache verkündigt wird, wichtig allein ist, daß es überhaupt verkündigt wird“. So kann man es also auch sehen. —

Wer aber mit dieser Entwicklung nicht einverstanden ist, der mache konstruktive und praktikable Vorschläge.

Inzwischen möge man zur Kenntnis nehmen, daß heute die Volksdeutschen in Rumänien im allgemeinen zuversichtlich sind im Hinblick auf ihre gegenwärtige Lage und Zukunft. Dafür gibt es mehrere Gründe, wie:

Die heute besseren Möglichkeiten schulischer und beruflicher Ausbildung der Kinder und Jugendlichen, ebenso der beruflichen Fortbildung und des Fortkommens der Erwachsenen, verbunden mit größerer wirtschaftlicher Sicherheit (heute entscheidet die Leistung, nicht mehr das Parteibuch), das erweiterte Ausmaß an persönlicher Freiheit, die Möglichkeiten kultureller Betätigung zusammen mit andern (auch künstlerisch und wissenschaftlich), die gesteigerte und überwachte Rechtssicherheit, die fortschreitende Lockerung der Wohnungsnot, die Zulassung und zuweilen auch Förderung eines (nach unseren Ansprüchen noch viel zu begrenzten) Lebensstils westlicher Prägung, die Kontaktmöglichkeiten zum Westen (vor allem zur Bundesrepublik Deutschland), die verbesserten Möglichkeiten des Reiseverkehrs in beiden Richtungen, und schließlich die Ablehnung gewisser Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Das sind Fakten, die zu Buche schlagen. Es hat also in Rumänien doch manches geändert und gebessert. — Im übrigen ist es erstaunlich, mit welcher Entschlossenheit zuweilen junge

Intellektuelle in Siebenbürgen, Studenten, Ärzte, Ingenieure manches ablehnen, was in der Bundesrepublik Deutschland im Schwange ist. Dazu gehört alles was mit Sex, Rauschgift, exzessiver Freiheit, Autoritätsschwund, Vaterlandslosigkeit usw. zu tun hat. Das führt (und diese Feststellung habe ich in den letzten Jahren immer wieder machen müssen), daß für viele junge Volksdeutsche Rumäniens jene einst leuchtende Aureole Deutschlands und des Deutschen langsam verblaßt und damit deren Anziehungskraft. Es führt andererseits zu steigendem Selbstbewußtsein und zu manchmal verblüffender Bereitschaft, die Verhältnisse in Rumänien (zuweilen über Gebühr) zu verteidigen.

Natürlich erlebt man in Gesprächen mit Deutschen in Rumänien auch das Gegenteil. Aber man muß das andere als Tatsache gebührend gelten lassen und berücksichtigen.

Freilich sollte sich niemand dazu verleiten lassen, die Volksdeutschen Rumäniens in Zufriedene, die dort bleiben wollen, und Unzufriedene, die aussiedeln wollen, einzuteilen. Es gibt nämlich bestimmt Zufriedene, die trotzdem aussiedeln wollen, und Unzufriedene, die dennoch nicht aussiedeln wollen. Das hat mehrfache Gründe, auf die hier schon aus Raumangel nicht weiter eingegangen werden kann. —

„Heute ist es besser als früher“

Immer wieder stellten wir die Frage: War es früher besser als heute? Sofern die Befragten ehemalige Mittelständler oder Bauern waren, die heute noch im Arbeitsprozeß stehen, erhielten wir ausnahmslos die Antwort: „Heute ist es besser als früher“. Zur Erklärung ihrer Aussage führten unsere Gesprächspartner immer wieder die gleichen Gründe an: Die Agrarreform von 1921, die Wirtschaftskrise von 1929/32, die ständige Notwendigkeit mit Bankkrediten zu arbeiten, die hohe Zins- und Steuerlast, die diskriminierende Behandlung durch den Staat in allen wirtschaftlichen Belangen, die hohen Schulgelder und Kirchensteuern, die hohen Preise für Industrieartikel angesichts niedriger Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse u. a. Angesichts solcher Lage hätten Handwerker und Bauern von



Sinaia, Museum Peles

früh bis spät schaffen müssen, um nicht unter die Räder zu geraten. Man sei zwar sein eigener Herr, aber dennoch im Grunde nur ein Knecht seines Staates und seines eigenen Betriebes gewesen. —

Alle jene Sorgen habe der Arbeitnehmer heute nicht mehr. (Er hat wohl sicher andere!) Der Landarbeiter, einst „freier“ Bauer, arbeitet zwischen 103 und 150 Tagen pro Jahr in der Kollektivwirtschaft oder auf dem Staatsgut. Er verdient für unsere Verhältnisse lächerlich wenig. Die Frau arbeitet aber mit, die Kinder eventuell auch (wie das früher in der Privatwirtschaft auch üblich war). Außerdem hat man einen kleinen Garten, der über den Hausbedarf auch für den Markt noch manches abwirft, man hat ein bis zwei Schweine im Stall, natürlich Geflügel, seltener eine Kuh, zuweilen Bienen. So läßt es sich leben. Man investiert nichts, außer zur Erhaltung des Wohnhauses. Man schafft auch keine „bleibenden Werte“ an. Im Gegenteil. Man demonstriert die unnütz gewordenen Wirtschaftsgebäude und versilbert das Material, das andere für den Wohnungsbau benötigen und daher gerne kaufen. Grund und Boden würde man keinen kaufen, selbst wenn man es dürfte. Und die Wirtschaftsgeräte hat man längst in die Kollektivwirtschaft eingebracht, um als Mitglied aufgenommen zu werden.

Man hat also zweifellos weniger Sor- als früher, und man hat sich an den neuen Lebensstil gewöhnt. Man möbliert daher seine Bauernstube mit modernen furnierten Möbeln, man schafft sich eine Waschmaschine, einen Fernseher, zumindest ein Radio an, und man liebäugelt mit anderen Wünschen, bis hin zu einem Auto. Diese Entwicklung kann man wohl als destruktiv beklagen, selbst wenn unsere Gesprächspartner den neuen Lebensstil für besser erachten, als die alte Lebensform. Tun kann man im Grunde dagegen nichts.

Der Staat toleriert diese Entwicklung, aber er greift ein, wenn er sie für volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbar hält. Dann zwingt er etwa einen Bürger statt eines Autos eine Eigentumswohnung zu kaufen. Und damit zwingt er den törichten Bürger zu seinem Glück.

Man ist zuversichtlicher als früher...

Die Volksdeutschen in Rumänien haben schwere Jahre hinter sich. Aber sie haben sie offensichtlich hinter sich. Man ist erstaunlich zuversichtlich, selbst wenn man nicht alles bejaht. Wer sich heute geistig, seelisch, aktiv oder dem Anschein nach politisch engagiert, tut es freiwillig. Wer keine politischen Ambitionen hat oder seine Ruhe haben will, hält sich heraus. Das kann man heute. Man darf wieder

vielen von dem sagen, was man denkt; man darf lächeln, wenn es einem kommt; man braucht nicht täglich politische Sitzungen zu gewärtigen; man wird auch nicht mehr für alles und jedes zur Verantwortung gezogen; man kann daher wieder sein, was man ist. **Auch der neue Bischof ist zuversichtlich und meint, wenn er das nicht wäre, wäre er nicht Bischof geworden, denn „als Totengräber bin ich doch nicht angetreten“! Man hört nur Gutes vom neuen Bischof. Man erwartet eine Art Renaissance des kirchlichen Lebens. Man bringt ihm daher viel guten Willen und Bereitschaft, ja Liebe entgegen. Ein Kirchgang in Grossau in Anwesenheit des Bischofs hat uns auferüttelt und bewußt gemacht, mit wieviel Hoffnung, Erwartung und Liebe die Glaubenskinder an ihrem Bischof hängen. Und mancher mag gebetet haben: „Herr, segne diesen Mann und sein Werk, damit die vielen Hoffenden nicht enttäuscht werden!“**

Neues Leben blüht

Darf man das sagen? Ich glaube, man muß es angesichts der erstaunlichen Entwicklung in Rumänien. Die 376 000 (vielleicht 400 000) Volksdeutschen Rumäniens machen knapp 2 vH der Gesamtbevölkerung aus. Für sie erscheinen sieben deutschsprachige Publikationsorgane und zwar in der Auflage:

„Neuer Weg“	75 000 Expl., tgl.
„Neue Banater Zeitung“	10 000 Expl., tgl.
„Hermannstädter Zeitung“	12 000 Expl., wtl.
„Karpatenrundschau“	8 000 Expl., wtl.
„Neue Literatur“	2 500 Expl., mtl.
„Volk und Kultur“	1 000 Expl., mtl.
„Forschungen zur Volks- und Landeskunde“	300 Expl., halbj.
insgesamt	108 000 Expl.

Es ist eine erstaunliche Feststellung gewesen, wie unerwartet und schnell sich in allerletzter Zeit neue geistige und künstlerische Mittelpunkte der Volksdeutschen in Rumänien heraus-

kristallisiert haben, und wie rege, zuversichtlich, zielstrebig und überzeugend gearbeitet wird.

Dazu gehören, außer den bereits genannten sieben Publikationsorganen mit ihren meist kulturellen Schwerpunkten, die Forschungsstelle der Akademie der Wissenschaften in Hermannstadt,

die germanistische Fakultät dortselbst, der Staatsverlag für Belletristik in Bukarest, der im vorigen Jahr (laut Dr. Göllner) nicht weniger als 3,3 Mio Exemplare deutscher Literatur (inländischer und ausländischer Autoren) herausgebracht hat,

die beiden deutschen Ensembles des Staatstheater in Hermannstadt und Temeschburg,

der altbewährte Bach-Chor in Hermannstadt,

neuerdings der Schubert-Chor in Temeschburg,

Folkloregruppen,

gemischte (deutsch-rumänische) Kulturgruppen u. a.

Dazu gehört immer noch die evangelisch-deutsche Fakultät in Hermannstadt,

das deutsche (Diplomaten)gymnasium in Bukarest, und schließlich die (laut Dr. Göllner) elf deutschen germanistischen Assistenten an den rumänischen Universitäten (davon allein vier in Bukarest).

Unsere Gesprächspartner von der Redaktion der „Neue Literatur“ gaben sich — wie andere Gesprächspartner auch — recht selbstbewußt und sicher.

„Wir haben in den letzten vier bis fünf Jahren, seit die Kommunikation mit dem Westen leichter geworden ist, alles was an deutscher Literatur uns unbekannt war, herangebracht, verarbeitet und damit den Anschluß an Europa — nach den Jahren der Isolierung — wiedergewonnen. Seit wir wieder schreiben und malen dürfen, was wir wollen, blüht bei den Volksdeutschen in Rumänien das wissenschaftliche und künstlerische Leben wieder auf. Wir haben heute allein vierzig Maler und Bildhauer, die „zu neuen Ufern streben“.“

In der Tat haben wir uns in zwei Ausstellungen davon überzeugen können.

„Es gibt wieder eine geistige Repräsentanz der Volksdeutschen in Rumänien, ja man hört gelegentlich das Wort von der fünften deutschen Lite-

ratur: BRD, DDR, Österreich, Schweiz und Rumänien. Das mag übertrieben sein, allein es deutet an, wohin der Weg führt.“

Das sind doch selbstwußte Worte.

Apropos Repräsentanz.

Da belehrte doch kürzlich Dr. Göllner, Leiter der Zweigstelle der Akademie der Wissenschaften und Hauptschrift-Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Forschungen zur Volks- und Landeskunde“, Hermannstadt, die Zuhörer seines Düsseldorfer Vortrages über „Die Kulturbestrebungen der deutschen Bevölkerung in Rumänien heute“, und meinte, daß diese eine überdurchschnittlich gute politische Vertretung besitze. Es seien fünf Deutsche Mitglieder des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei, elf in der Großen Nationalversammlung, und außerdem gebe es den Landesrat der werktätigen Deutschen, sowie Kreis- und Ortsräte. Ich bezweifle, daß jene Menschen und Räte allein Sprachrohre der deutschen Bevölkerung sind, möglicherweise sind sie auch Hörrohre der Partei und des Staates, vielleicht sind sie beides. — Auch dann fände ich nichts Böses daran und wichtig wäre nur, daß jene Menschen und Räte ihre Aufgaben nach allen Seiten gewissenhaft wahrnehmen und durchführen.

So muß, wer unvoreingenommen und guten Willens heute Rumänien besucht, feststellen, daß sich dort vieles tut. Und wenn er die Möglichkeit hat, mit der Vergangenheit zu vergleichen, wird er zweifellos zu dem Ergebnis kommen, daß sich vieles zum Besseren gewendet hat. Es hat Jahre gegeben, da konnte auch der Unvoreingenommene und Gutwillige nichts finden, was er hätte bejahen können. Seit einigen Jahren kann er von Mal zu Mal immer mehr bejahen: Menschen, Tatsachen, Entwicklungen. Wer guten Willens ist, mache sich frei von alten und fruchtlosen Animositäten; er sehe nicht mehr nur die Unzulänglichkeiten, von denen es auch heute in Rumänien (wie überall in der Welt) noch reichlich viele gibt; er fördere die Menschen und Entwicklungen, die zukunftsorientiert sind.

Möglichkeiten zu helfen gibt es allenthalben. Sie erkennen und nutzen, beweist allein, daß man zu jenen Menschen steht!



Brasov, Marktplatz Kronstadt

Alf W. Dole

Deutsche können in Rumänien als Deutsche leben

Die sozialistische Republik kämpft um ihre Souveränität – Besuchsreise durch Siebenbürgen

„Berichten Sie gut über unser Land, wenn Sie nach Hause kommen“, bat eine deutsche, nichtkommunistische Intellektuelle, als wir uns in Bukarest verabschiedeten. Sie hatte, wie fast alle Deutschen Rumäniens, in den ersten Nachkriegsjahren viel Bitteres erleiden müssen.

Warum warb sie jetzt für das „andere Rumänien“, jene sozialistische Republik im Südosten Europas, deren Politik von aller Welt aufmerksam beobachtet wird?

Diese Frage drängte sich uns auf, als wir vorbei an dem Zuckerbäcker-Riesenhaus, einem architektonisch verkitschten Geschenk der Sowjetunion, zum Flughafen Baneasa fuhren, in einem Taxi russischer Bauart, das härter als ein Panzer federte und dessen Kupplung beängstigend krächzte. Wollte uns die Dame etwas Nettes

mit auf den Weg geben? Hatte sie nur Freundlich-Unverbindliches gesagt? Oder wollte sie die Anstrengungen Nicolae Ceausescus mit der Bitte unterstreichen, sie auch in der rechten Weise zu würdigen, das Gefälle im Lebensstandard zwischen West und Ost sowie die geographische Lage Rumäniens zu beachten?

Kein Zweifel, die Siebenbürgerin war viel zu klug für leere Floskeln. Ihre Bitte war ernst, sehr ernst gemeint. Nur fällt es dem Westeuropäer meist schwer, seine Vorstellungen und Erfahrungen vom Leben des Menschen auf dieser Erde mit den Gegebenheiten Südost-Europas in Einklang zu bringen und alle Realitäten des in einer politischen Wetterzone liegenden Landes immer zu bedenken.

Aber versuchen wir es...

Bei niedrigen Gehältern hohe Preise

Bukarest ist eine Großstadt wie viele andere. Hohe Häuser, breite Straßen, viele Menschen. Fußgänger können sich hier ungezwungener bewegen als anderswo. Sie überwiegen bei weitem, nicht das rollende und parkende Blech. Niemand braucht wegen stinkender Autoabgase zu husten; die Motorisierung hält sich für eine Millionenstadt in engen Grenzen.

Eng ist auch das Warenangebot. Und — abgesehen von Grundnahrungsmitteln — für das rumänische Portemonnaie teuer. So kostet das billigste Fernsehgerät 3 000 Lei (der Facharbeiter bekommt etwa 1 000 Lei monatlich), ein Herrenanzug 1 500—2 000 Lei, eine Krawatte 45—65 Lei. Der Diplom-Ingenieur verdient rund 2 000 bis 2 500 Lei. Beansprucht er eine bes-

sere Wohnung, muß er bei seinem Einkommen neuerdings eine Eigentumswohnung kaufen. Kosten: zwischen 120 000 und 140 000 Lei. Für unsere Verhältnisse geschenkt, für rumänische fast unerschwinglich.

Trotzdem wird tüchtig gebaut. Stadtrandsiedlungen mit modernen Hochhäusern wachsen genauso aus dem Boden wie in Westdeutschland. Noch dazu ist es für den Satelliten-Bewohner einfach, zur Arbeit oder zum Vergnügen in die City zu fahren: die Omnibusse verkehren in dichter Folge und billigst dazu.

Alle Investitionen in den Häuserbau konnten allerdings wegen der anhaltenden Landflucht bis heute den Wohnungsmarkt nicht fühlbar entlasten. Die Menschen leben weiterhin auf engste zusammengedrängt, oft sechs Personen in zwei winzigen Zimmern. Vielen dienen deshalb die Wohnungen nur als Schlafstätten.

Daß die Ehefrau arbeitet, versteht sich angesichts der niedrigen Gehälter von selbst. Sie muß arbeiten, will sich die Familie einen erträglichen Lebensstandard leisten. Eltern bringen ihre kleinen Kinder vor Arbeitsbeginn in den Hort, größere gehen in die Tageschule. Erst am Abend trifft sich die Familie wieder. Da 48 Stunden wöchentlich gearbeitet wird, bleibt nur der Sonntag als Familientag.

Ceausescu — von allen anerkannt

Wir sprachen in Bukarest und in der Provinz mit vielen Menschen, mit gläubigen Christen und Atheisten, mit Rumänen, Deutschen und Ungarn. Eines war allen gemeinsam: ihr Einverständnis mit der Politik des Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu. „Er ist der populärste rumänische Politiker seit 1918“, sagte uns ein Deutscher. Alle lobten die kluge Außenpolitik der Regierung, alle freuten sich über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik, und fast alle bekannten sich zu einer freiheitlich-sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Kritisch hingegen äußerten sich manche Gesprächspartner über den nur langsam steigenden Lebensstandard, die völlig unzureichenden Wohnverhältnisse, die Schwierigkeiten in der Versorgung mit Kartoffeln

und Fleisch, die stramme ideologische Ausrichtung und die einseitigen Informationsmöglichkeiten.

Sehr oft war aus den Gesprächen mit Rumänen Angst hörbar, Angst über ein ungewisses Schicksal ähnlich der tschechischen Tragödie.

„Wir stehen geschlossen hinter Ceausescu“, sagte uns ein Akademiker und Mitglied der kommunistischen Partei Rumäniens. „Wir stehen auch hinter ihm, wenn er uns zur Verteidigung unserer Souveränität aufrufen müßte. Natürlich könnten wir gegen die Übermacht potentieller Okkupanten nicht bestehen. Aber in die Unfreiheit zurück lassen wir uns nicht freiwillig führen. Sie dürfen sicher sein: wir schreien, bevor man uns zertritt.“

Der zweite Name, der uns in den Gesprächen immer wieder begegnete, war der des deutschen Wirtschaftsministers Karl Schiller. In ihm sahen unsere Partner den Idealtyp des modernen Wirtschaftspolitikers, der Wachstum und Stabilität gleichzeitig fördert. „Leihen Sie uns vier Jahre Professor Schiller“, sagte ein rumänischer Wissenschaftler, „und wir sind über dem Berg.“

Sicher war das scherzhaft gemeint, denn dieser Mann wußte genauso wie wir, daß die ungünstigen Lieferverträge Rumäniens mit seinen sozialistischen Nachbarn und andere in der marxistisch-leninistischen Ideologie begründete Hemmnisse der aufgeklärten Marktwirtschaft Professor Schillers entgegenstehen.

„Es fehlt hier die Initiative des einzelnen“, sagte uns ein deutscher Ingenieur. „Jeder tut nur das, was er muß, weil besondere Leistungen nicht besonders honoriert werden. Effektivität wird auch solange fehlen, wie Ideologie höher gewertet wird als Leistung. Ein Techniker, Wirtschaftler, Arzt und Hotel-Geschäftsführer aber taugt deshalb noch nichts, weil er Kommunist ist. Würde dieser Staat den Erwerbstrieb des Menschen berücksichtigen, erlebte er ein Wunder an Effizienz. Doch leider wird bei uns die Ideologie nicht an der Wirklichkeit, sondern die Wirklichkeit an der Ideologie gemessen und verbogen. Das kann unmöglich funktionieren.“

Facharbeiter-Tradition fehlt

„Natürlich haben wir noch Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau“, bekennt auch Ernst Breitenstein, stellvertretender Chefredakteur des „Neuer Weg — Politische Tageszeitung in der Sozialistischen Republik Rumänien“. Der Rückstand im Vergleich zu den Industrienationen sei so groß, daß der einzelne im Interesse der Gemeinschaft Opfer bringen müsse, um leistungsfähige und lebenswichtige Betriebe aufzubauen. Nachteilig mache sich bei der Industrialisierung des Landes vor allem die fehlende Facharbeiter-Tradition bemerkbar. Das sei eine Folge des totalen Versagens der früheren bürgerlichen Regierungen. Dennoch zweifelte Breitenstein keinen Augenblick am Erfolg der rumänischen Politik. „Wir sind dabei, die Wirtschaft zu demokratisieren, sie ohne Subventionen arbeiten zu lassen und Qualitätsgüter herzustellen.“ Zu diesem Zweck würden jetzt die einzelnen Betriebe in Industriezentralen mit weitgehender Selbstverwaltung zusammengefaßt. Außerdem richte das Land mit Hilfe der Unesco eine Schule zur Ausbildung von Managern ein.

Die einschneidendste Neuerung schließlich bildet das sogenannte Restrukturierungsprogramm. Danach sollen bis zu 30 vH der in der Bukarester Administration Beschäftigten abgebaut und in Produktionsbetriebe der Provinz versetzt werden. Zweifellos ein harter Schlag für die Betroffenen, aber ein notwendiger Schritt im Kampf gegen die bürokratische Ausuferung.

„Heute steht und fällt alles mit der Effektivität der Wirtschaft“, sagt Ernst Breitenstein; „kein Land kann sich von der Weltwirtschaft isolieren.“

Tatsächlich hat das neue Rumänien zum gewaltigen Sprung nach vorn angesetzt. Der unvoreingenommene Beobachter merkt das auf Schritt und Tritt.

Sieben deutsche Publikationen

Diese Entwicklung spüren auch die 380 000 Deutschen in Rumänien, sie, die nach dem Kriege viel Unrecht erleiden mußten. Universitätsprofessor Carl Göllner, Chefredakteur der „Forschungen zur Volks- und Landes-

kunde", Abteilungsleiter der Akademie der Wissenschaften, sagt: „Der Staat unterstützt und fördert in jeder Weise die kulturelle und wissenschaftliche Arbeit der Deutschen in Rumänien. Denken Sie allein an Hermannstadt mit seinen 25 000 deutschen Bürgern. Hier gibt es neben den deutschsprachigen Abteilungen in den Schulen eine deutsche Abteilung am Theater und deutsche Musikveranstaltungen. Nennen Sie mir ein anderes Land, in dem solche kulturellen Einrichtungen für eine Minderheit vom Staat finanziert werden!“

Und Arnold Hauser, stellvertretender Chefredakteur der ausgezeichnet gemachten deutschsprachigen Monatszeitschrift „Neue Literatur“ sagt: „Die sozialistische Republik Rumänien unterstützt die kulturelle Arbeit der Deutschen überaus großzügig.“

Tatsächlich gibt es kein Land, daß deutschsprachige Schul- und Theaterabteilungen sowie sieben deutschsprachige Publikationen finanziert. Es sind die beiden Tageszeitungen „Neuer Weg“ (Auflage 70 000) und „Neue Banater Zeitung“ (10 000), die zwei Wochenzeitungen „Karpaten-Rundschau“ (8 000) und „Hermannstädter Zeitung“ (12 000), die beiden Monatsschriften „Neue Literatur“ (2 500) und „Volk und Kultur“ (1 000) sowie die Vierteljahresschrift „Forschungen zur Volks- und Landeskunde“ (300). Geplant sind darüber hinaus deutschsprachige Fernsehsendungen.

Ferner arbeiten Wissenschaftler in Hermannstadt seit Jahren an der Herausgabe eines Wörterbuches Siebenbürgischer Dialekte. Wenn die Arbeit weiter so gut vorangeht wie bisher, soll das umfangreiche Werk in fünfzehn Jahren vorliegen.

Können die Deutschen in Rumänien denn Deutsche bleiben, wenn sie wollen? Das fragten wir etliche Gesprächspartner.

Ernst Breitenstein, der einflußreiche stellvertretende Chefredakteur der Zeitung „Neuer Weg“, sagt:

„Wer in unserem Land als Deutscher leben will, kann das ungehindert. Ich selbst schicke meine Kinder in die deutschsprachige Schule. Wegen seiner Volkstumszugehörigkeit wird in der sozialistischen Republik Rumänien niemand benachteiligt.“

Der Schriftsteller und Lyriker Dieter Schlezak: „Natürlich kann ich in Rumänien als Deutscher leben und arbeiten.“

Ein junger Arzt: „Weder in der Schule noch an der Universität oder im Krankenhaus bin ich jemals benachteiligt worden, weil ich Deutscher bin.“

Ein Facharbeiter: „Gott sei Dank ist es längst nicht mehr so schlimm wie nach dem Kriege. Hat die Werksleitung aber die Wahl zwischen einem gleich qualifizierten Deutschen und einem Rumänen, dann wird sie bei der Vergabe einer besser dotierten Stelle den Rumänen vorziehen. Bei solchen Gelegenheiten spüren wir die Nachteile der Minderheit.“

Und wie sieht die Zukunft der Deutschen in Rumänien aus?

Die Antworten sind sehr unterschiedlich. Alle, mit denen wir sprachen, lobten die großzügige staatliche Unterstützung der deutschen kulturellen Einrichtungen. Eine Prognose für die Zukunft wagten sie jedoch nicht. Die Meinungen schwankten zwischen „sehr gut“ und „auf lange Sicht hoffnungslos“.

So viel jedenfalls scheint sicher zu sein: Die Entwicklung hat die alten Ordnungen überrollt. Heute heiraten viel mehr junge Rumänen junge Deutsche (und umgekehrt) als jemals zuvor. Welches Bild uns Siebenbürgen und das Banat in 50 oder 100 Jahren bieten werden, kann niemand mit Sicherheit sagen. Augenscheinlich ist nur, daß die rumänische Regierung das Eigenleben der deutschen und ungarischen Minderheiten fördert.

Ein junger deutscher Akademiker sagte uns: „Wir möchten aufgeschlossen leben, nicht mehr abgeschlossen in einer hierarchisch geordneten Gesellschaft wie unsere Eltern. Auch die jungen Sachsen sind — wie alle jungen Leute in der zivilisierten Welt — mobiler als ihre Vorfahren. Getto-Denken ist uns fremd.“

Viele möchten auswandern

In manchen deutschen Publikationen liest man dann und wann, daß 90 vH und mehr der 380 000 Deutschen in Rumänien nach Westdeutschland auswandern wollen. Stimmt das?

Wie hoch die Zahl tatsächlich ist, weiß niemand, da ein erheblicher Unterschied darin besteht, ob jemand aus-

siedeln „möchte“ oder „will“. Das aber scheint richtig zu sein: 90 vH sind es nicht, die Rumänen den Rücken kehren wollen.

Professor Göllner schätzt die Zahl der Aussiedlungswilligen auf höchstens 25 bis 30 vH. Vor allem sind es nach seiner Meinung Akademiker, die von den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik angelockt werden.

Das mag stimmen. Wir fragten Ingenieure und Ärzte. Viele von ihnen möchten fort. Facharbeiter und Bauern hingegen scheinen seßhafter zu sein. Hier die Auffassung eines jungen deutschen Kollektivbauern:

„Mir geht es heute in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft wesentlich besser als meinen Eltern auf dem eigenen Hof. Ich habe eine geregelte Arbeitszeit, Mindesturlaub, freie Krankenversorgung und eine gesicherte Rente. Warum sollte ich aussiedeln?“

Eine alte Siebenbürger Bäuerin: „Nein, ich bin hier geboren und bleibe hier. Mir geht es doch heute viel besser als vor dem Krieg. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind gut.“

Ein Facharbeiter: „Ich weiß nicht so recht. Sicher, raus möchte ich schon, weil ich in Westdeutschland mehr verdienen würde. Aber ob das richtig wäre?“

Und ein deutscher Bauer: „Wir haben bis weit in die fünfziger Jahre Schreckliches mitgemacht. Erst unter Ceausescu wurde das Leben für uns erträglich, wenn sich unser Lebensstandard auch nicht mit dem in der Bundesrepublik vergleichen läßt. Die Kommunisten haben hier den Standard der früher Wohlhabenden stark gedrückt und den unteren Schichten ein einigermaßen menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wer das akzeptiert, muß zufrieden sein, auch wenn er persönlich große Opfer gebracht hat. Ich habe viel verloren, möchte aber in Siebenbürgen bleiben.“

So oder ähnlich äußerten sich fast alle, die wir fragten, Menschen, die wissen, daß die Regierung niemals einer Massenausiedlung zustimmen wird. Anträge auf eine Besucherlaubnis für die Bundesrepublik hingegen werden wesentlich großzügiger und schneller als noch vor ein paar Jahren bearbeitet. Die Rückkehrer bewundern die

blühenden wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik und die hier herrschende Liberalität. Ihre Eindrücke sind so stark wie die jener Deutscher, die kurz nach dem Kriege das Glück hatten, die USA zu besuchen. Westdeutschland stellt sich ihnen als ein einziges Schlaraffenland dar.

Aber nach dem zweiten Besuch ändert sich oft das Bild. Eine junge Deutsche sagte uns:

„Wenn man hinter den Wohlstand schaut, friert es einen. Deutschland ist kalt. Zu viele jagen nur dem Profit nach, ohne Rücksicht auf andere. Ein Besuch ist schön und interessant, aber leben möchte ich doch lieber in Siebenbürgen.“

Ähnliche Antworten hörten wir häufig. So meinte ein deutscher Lehrer: „Ich bin sicher, daß immer weniger Sachsen auszuwandern wünschten, wenn man ihnen in größerer Zahl Besuchserlaubnis für die Bundesrepublik gäbe. Denn im allgemeinen fühlen sich die Bauern bei uns wohl. Hier wachsen sie langsam in die Industriegesellschaft hinein, während sie in der Bundesrepublik hineinstürzen würden.“

Das mag für den Süden Siebenbürgens gelten. Im Norden aber sieht es anders aus, schlechter. Dort gibt es Gemeinden, in denen nur noch zwei oder 22 Sachsen leben. Sie fühlen sich einsam und verloren.

Ein Bauer sagte uns: „Ganz gewiß sähen diese Menschen optimistischer in die Zukunft, würde die Regierung eine Zusammenführung der verstreut lebenden Deutschen in Gemeinden Süd-Siebenbürgens erleichtern.“

So quält die gemeinschaftsliebenden Deutschen in Rumänien eine nahezu panische Angst, wenn sie hören, daß aus ihrer Straße wieder eine Siebenbürger Familie ausgesiedelt ist. Ihre Frage: Werden wir demnächst als einzige übrigbleiben?

Ein Pfarrer: „Auf eine Aussiedlungsaktion großen Stils zu hoffen, ist unrealistisch. Ich halte es deshalb für unverantwortlich, mit hypothetischen Zahlen zu operieren. Das veranlaßt die Deutschen in Rumänien nur zum Selbstmitleid und schafft Unruhe. Ich rate unseren Menschen deshalb immer wieder, mit beiden Beinen auf der rumänischen Erde zu stehen, ihren

Kindern die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen und auf Gott zu vertrauen.“

Gläubige Christen im sozialistischen Staat

Daß der orthodoxe Patriarch in Bukarest gemeinsam mit dem kommunistisch geführten Parlament auf dem „Hügel der Patriarchie“, dem Olymp der Kirche, residiert, ist heute mehr als ein Symbol friedlicher Koexistenz, zumal schon der Alltag zu unausweichlichen Begegnungen führt. Sicher sind die Kommunisten nach wie vor kämpferische Atheisten, die am Marxismus-Leninismus hängen wie die Christen an der Bibel, aber vermutlich haben sie eingesehen, daß die innere Kraft der Religion stärker ist als reiner Diesseitsglaube.

Als wir zufällig in die Hermannstädter Orthodoxe Theologische Fakultät gerieten, war die Aula mit jungen Männern, die sich auf den Dienst in ihrer Kirche vorbereiteten, überfüllt. Ein anglikanischer Geistlicher referierte gerade in französischer Sprache über die ökumenischen Aufgaben, über Christologie und Mariologie. Die angehenden Theologen, die durchweg einen sehr intelligenten Eindruck machten, klatschten häufig begeistert Beifall.

Nachhaltig war für die Besucher der Eindruck eines evangelischen deutschen Gottesdienste in Großau bei Hermannstadt anlässlich einer Orgelweihe. Die Frauen und Mädchen erschienen in malerischen Trachten. Freudig begrüßte die große Gemeinde den neuen Bischof Dr. Klein und Bischofsvikar Dr. Binder. Die Kirche war brechend voll. Und die Gäste aus dem Westen staunten über die tiefe Gläubigkeit, mit der diese Menschen beteten, sangen und der Predigt folgten. Der Hermannstädter Professor Dressler spielte meisterhaft die gründlich restaurierte Orgel. Vor dem Altar betete der junge Pfarrer auch für die Regierung der sozialistischen Republik Rumänien.

Ob er das auf Weisung der Staats- und Parteiorgane tun müsse, wollten wir wissen.

Der Pfarrer wunderte sich offensichtlich über diese Frage. „Natürlich nicht“, sagte er, ohne nach einer Ausrede zu suchen.

Kein Zweifel, unter Nicolae Ceausescu haben sich die Verhältnisse auch im Zusammenleben der Menschen gebessert. Nur noch ein Lachen hat man für jene stalinistische Epoche übrig, in der selbst die Aufführung von Shakespeares „Hamlet“ verboten war, weil in dem Stück ein Geist auftritt, es nach marxistischer Lehre aber keine Geister gibt, und nicht sein kann, was nicht sein darf.

Selbst die schrecklichen Fesseln der bildenden Kunst in Form des von der Partei dekretierten Kleinbürgerstils, der sich „sozialistischer Realismus“ nennt, sind verschwunden. Wir sahen eine Ausstellung abstrakter Malerei und moderner Plastik. Zugegeben, manches wirkte noch etwas hilflos, aber der erste Schritt ist getan ...

Schönes Land – freundliche Menschen

Auf den Westeuropäer stürmen während der Fahrt durch Rumänien Eindrücke in solcher Fülle ein, daß er oft meint, die Beobachtung vom Vormittag stehe in diametralem Gegensatz zu der Feststellung am Nachmittag. Vieles erscheint widersprüchlich, und kaum läßt sich gleiches mit gleichem vergleichen, weil hier gleiches nicht unbedingt gleich ist.

„Rumänien ist anders; es ist immer und überall anders.“ Dieses Wort, das wir in den ersten Tagen unseres Aufenthaltes von einem rumänischen Intellektuellen hörten, sollte sich bewahrheiten. Gleich in allen Teilen des schönen Landes waren nur die herzliche Gastfreundschaft und die Tatsache, daß wir uns völlig frei bewegen und ungehindert mit jedem sprechen konnten.

Kann man also gut über Rumänien berichten, wie es uns die deutsche Dame nahegelegt hatte?

Ganz sicher. Als die „Caravelle“ von Baneasa aus in den herbstlichen Abendhimmel schoß, blickten wir nachdenklich auf das immer kleiner werdende Bukarest zurück.

Gute Erinnerungen flogen mit an ein europäisches Land, das um seine Souveränität kämpft, und an Menschen, die hart arbeiten, um eine bessere Zukunft zu gewinnen.

La revedere Romania!